



Bündnis der Bürgerinitiativen

**Kein Flughafen ausbau –
Für ein Nachtflugverbot von 22 bis 6 Uhr**



Bündnis der Bürgerinitiativen Kein Flughafen ausbau - Für ein Nachtflugverbot
c/o Winfried Heuser, An der Kreuzheck 6, 60529 Frankfurt

**Über 60 Initiativen im
Rhein-Main-Gebiet**

Pressemitteilung

07.05.2007

Flughafenausbau

Einwendungen der Bürger decken erneut grobe Mängel auf - Bürgerinitiativen brachten sie ins Regierungspräsidium

In der zweiten Runde des Planfeststellungsverfahrens haben unerwartet viele Bürger erstmals Einwendungen erhoben, noch mehr haben ihre im ersten Verfahren eingereichten ergänzt und verstärkt, obwohl dies zur Sicherung ihrer Rechte nicht nötig war. Sie wenden sich gegen noch höhere Lärm- und Schadstoffbelastungen, die frech schön gerechnet wurden. Bürgerinitiativen haben die ihnen anvertrauten Schreiben heute an den Regierungspräsidenten in Darmstadt übergeben.

Die 20.000 Seiten Unterlagen, die teilweise geändert oder nachgebessert wurden, konnte kein Bürger vollständig lesen. Selbst wenn der Rest nicht so viele Fehler und Manipulationen enthält, wie die Akten über Lärm und Schadstoffe, kann die Genehmigung zum Ausbau nicht erteilt werden.

Wer sich die Mühe machte, konnte nur zornig werden. Die noch höheren Lärmbelastungen werden von den Fraport-Gutachtern immer noch als gesundheitlich unbedenklich vorgerechnet, selbst für Krankenhäuser, Altenheime, Schulen und Kindergärten. Noch krasser ist es mit den Schadstoffen. Deren Ausstoß soll trotz kräftig zunehmender Flugbewegungen gegenüber den früheren Berechnungen sogar sinken, manche um mehr als die Hälfte. Unter den Schadstoffen sind auch solche, die schon in kleinster Dosis Krebs erregen und trotzdem in großen Mengen in die Luft über Rhein-Main geblasen werden. Fraport trägt vor, die seien „vernachlässigbar“.

Die Bürger fordern diese und andere Merkwürdigkeiten aufzuklären und werden sehr genau verfolgen, wie die Hessische Landesregierung ihre Gesundheit gegen die Wirtschaftsinteressen der Luftverkehrswirtschaft „abwägt“. Dabei bröckelt das Hauptargument für den Ausbau, die angeblich hunderttausend neuen Arbeitsplätze. Unabhängig voneinander haben acht nicht in Diensten der Fraport stehende Gutachter herausgefunden, dass die Methoden mit denen diese Zahlen „errechnet“ wurden, wissenschaftlich unhaltbar sind. Bestenfalls werden vorhandene Arbeitsplätze von den heutigen Standorten an den Flughafen verlegt, die ungesunde Monostruktur verschärft. Dazu passt, dass der Fraport-Vorstand gerade erklärt hat, er wolle die Funktionen der Städte zu sich verlagern, in fünf Jahren wolle er damit bereits 83 % seiner Erlöse erzielen. Wo ist das Allgemeininteresse beim Flughafenausbau, wenn lediglich 17 % dem Luft- und Bodenverkehr dienen?

Sollte die Genehmigung für den Ausbau trotz der erneut sehr gut begründeten Einwendungen erteilt werden, werden mehrere Bürger ihre Rechte vor den Gerichten verteidigen, einige wollen stellvertretend für alle bis vor das Bundesverfassungsgericht gehen.

Für Rückfragen: Winfried Heuser 069/355464